

Den Preis für die Kontaminierung durch die Konzerne zahlen andere

Am 21. Mai entschied der kanadische oberste Gerichtshof in einem Prozess, den Monsanto gegen den in Saskatchewan beheimateten Rapsfarmer Percy Schmeiser geführt hatte, zugunsten von Monsanto. Damit wurde der rechtliche Rahmen, innerhalb dessen die Konzerne die weltweite Nahrungsmittelversorgung kontrollieren können, erheblich ausgeweitet. Schmeiser hatte 1997 in einem Straßengraben neben seinen Feldern wild wachsenden und herbizidresistenten Raps entdeckt. Die herbizidresistente Eigenschaft der Pflanze ist die Folge eines gegen Glyphosat resistenten Gens, für das Monsanto das Patent hält. Im Jahr darauf drohte der Konzern Schmeiser wegen Patentverletzung mit einer Millionenklage. Der Fall ging vor Gericht, nachdem Schmeiser einen von Monsanto vorgeschlagenen außergerichtlichen Vergleich abgelehnt hatte, der dem Konzern unter anderem die immerwährenden Patentrechte über sämtliche künftige Rapserten einräumen sollte, und zwar ungeachtet der Herkunft des Saatguts.

Monsanto forderte von Schmeiser darüber hinaus eine öffentliche Erklärung, wonach Raps durch Fremdbestäubung durch den Wind oder durch Vögel nicht befruchtet werde. Diese Erklärung Schmeisers sollte außerdem die letzte sein, da eine weitere, im Rahmen des Vergleichs vorgesehene Bedingung von ihm verlangt hätte, dass er sich danach weder zum Verfahren noch zu anderen damit verbundenen Fragen jemals wieder öffentlich äußerte.

Selbstverständlich weiß Monsanto, was jeder nordamerikanische Landwirt weiß und was nur noch von den Vertretern der "Segregation", der "Barrieren" und "Schwellen" für genetisch veränderte Organismen (GMO) ignoriert wird. Tatsache ist, dass sich patentierte Gene durch Fremdbestäubung sowie durch transportbedingte Saatgutvermischungen bzw. Ausstreuungen unkontrolliert verbreiten. Genetisch veränderter Raps hat sich mit den einheimischen Varianten längst gekreuzt und heute findet man das Monsanto-Gen in neuen Sorten, die sich über die gesamten nordamerikanischen Prärien verbreitet haben und dort wild wuchern. So sagte der Leiter der Abteilung für Biotechnologie von Monsanto Canada zu Prozessbeginn aus, dass "Monsanto stets davon ausgegangen ist, dass sich der genetisch veränderte Raps des Konzerns mit dem gewöhnlichen Raps kreuzen würde."

Schmeiser setzte sich zur Wehr, bis der Fall schließlich vor den obersten Gerichtshof ging und dem Konzern Recht gegeben wurde. Schmeiser wurde wegen Verletzung des Patentmonopols Monsanto's verurteilt, und das obwohl der Konzern selbst zugab, dass er weder Monsanto-Saatgut verwendet noch seine Felder mit dem Glyphosatherbizid Roundup besprüht hätte. Somit entschied das Gericht, dass das Monsanto-Patent auf glyphosatresistente Gene für sämtliche lebende Arten gilt, in denen sich das Gen festsetzt – trotz der Tatsache, dass das Patent keinen Bezug zu Pflanzen, Feldfrüchten oder Saatgut herstellt. Anders ausgedrückt: Nicht der Verunreiniger haftet für die GMO-Kontaminierung, sondern der Verunreinigte. Im Urteil wird betont, dass diese Auslegung "der Rechtswirksamkeit und missbräuchlichen Nutzung in Übereinstimmung mit dem Abkommen über geistige Eigentumsrechte im Handel stehe", also mit dem TRIPS-Abkommen der WTO, das den globalen Standard für die Patentierung von Lebewesen vorgibt.

Einer der obersten Richter im Verfahren gegen Schmeiser gestand ein, dass es sich dabei um "ein expansives Urteil" handle. Eine treffendere Bezeichnung wäre wohl totalitär gewesen, und zwar insofern, als es dem Konzern durch eine inhärent invasive Technologie einen totalen Anspruch auf das Eigentum der Biosphäre einräumt. Das kanadische Patent Monsanto's mit der Nummer 1.313.830 beschreibt ein Gen, doch es erhebt Anspruch auf ganz Kanada. Das Urteil ist auch deshalb totalitär, weil eine rechtliche Umsetzung dieses Anspruchs erfordert, dass dem Konzern die totale Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion und die dafür geltenden Bedingungen eingeräumt wird.

Monsanto hat eine gebührenfreie "Hotline" eingerichtet, die einzig dazu dient, Farmer zu denunzieren, von denen angenommen wird, dass sie auf ihren Feldern Gene einsetzen, für die sie keine Lizenz haben. Die Informanten werden mit einer Lederjacke belohnt. Der Konzern geht aber noch weiter: Er engagiert Privatdetektive der Firma Pinkerton und ehemalige Mitglieder der berittenen Polizei Kanadas, damit sie die Farmen aufsuchen und die Farmer belästigen und unter Druck setzen, um sie zum Kauf des Saatguts und der Chemikalien zu bewegen. Die Farmer berichten außerdem von Überwachungen aus der Luft und sogar von Fällen, bei denen Roundup-Kanister abgeworfen wurden, um herauszufinden, ob auf den Feldern nicht lizenzierte, gegen Roundup resistente Pflanzen wachsen.

Monsanto wie auch andere Biotechnologiekonzerne haben bewusst und absichtlich eine Strategie verfolgt, deren Ziel von Anfang an eine möglichst umfassende Ausbreitung genetisch veränderter Pflanzen in der Umwelt war. Jetzt basteln sie an einer rechtlichen Zwangsjacke, mit der sie die Landwirte in eine ständige Abhängigkeit von ihrem Saatgut, ihren Agrochemikalien und ihren kommerziellen Einrichtungen zwingen wollen. Das Gerichtsurteil im Fall Monsanto Canada gegen Schmeiser anerkennt die Allgegenwart der GMO-Kontaminierung und schließt daraus, dass den Farmern per Gesetz zu verbieten ist, ihr eigenes Saatgut zurück zu behalten, wie sie es seit Tausenden von Jahren tun. Damit sich die Farmer keiner Patentverletzung schuldig machen, müssen sie jährliche Verträge eingehen, die sie zum Kauf aller erforderlichen Anbauprodukte von den Biotechnologie-/Agrochemie-Konzernen zwingen.

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben ein essentielles Interesse, sich dieser Entwicklung zu widersetzen. Ein Biotechnologiekonzern, der auf die Leute von Pinkerton zurückgreift (sie wurden einst von den US-Unternehmen als bezahlte Streikbrecher und Denunzianten angeheuert und sind den amerikanischen Gewerkschaften hinlänglich bekannt), damit er den Farmern seine Patentrechte aufzwingen kann, sollte der Gewerkschaftsbewegung zu denken geben. Die Patentierung von Lebedorganismen und das Verbot, eigenes Saatgut zu verwenden, bedeutet eine Umkehrung des seit zehntausend Jahren stattfindenden landwirtschaftlichen Fortschritts. Künftige Errungenschaften hängen vom Erhalt der biologischen Vielfalt ab – der eigentlichen Quelle jeder Innovation – sowie von einer Eindämmung der Konzernvorherrschaft in der Nahrungsmittelkette, die auf einer industriellen, von Chemikalien abhängigen Landwirtschaft und einer strikten Kontrolle über Märkte und Produkte beruht.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft erfordert eine geringere und keine größere Abhängigkeit von Toxinen wie Glyphosat. In Argentinien verwenden die Farmarbeiter inzwischen unverdünntes Glyphosat und sie rücken dem gegen Roundup resistenten Superunkraut mit Äxten zu Leibe. Das sind die unvermeidlichen Folgen eines seit einem Jahrzehnt anhaltenden Anbaus mit genetisch veränderten Organismen. Man male sich nun die Folgen auf die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer aus, die der jüngst von Pioneer Hi-Bred, dem weltweit größten Saatgut-Konzern, entwickelte und zur Zeit in den USA versuchsweise angebaute GMO-Mais haben wird. Pioneer hat einen GMO-Mais entwickelt, dessen Resistenz gegen Glyphosat um das Sechsfache höher ist als jene des Monsanto-Mais. Die Pflanze, die in der Lage ist, eine um das Sechsfache höhere Herbiziddosis zu absorbieren als jene, welche dem Roundup-tauglichen Monsanto-Mais zugefügt wird, ist außerdem so programmiert, dass sie das absorbierte Herbizid degeneriert. Das bedeutet, dass der veränderte Organismus einer Nonstop-Behandlung mit Herbiziden standhält.

Das sind also die patentierten wertgesteigerten Innovationen, die Monsanto und andere Biotechnologieunternehmen den Arbeitnehmern, den Landwirten, den Verbrauchern und einer zusehends fragileren Umwelt aufzwingen. Das Schmeiser-Urteil bestätigt die schwerwiegende soziale Bedrohung, die den GMO innewohnt. Wenn sich die nationalen Gesetzgebungen auf das TRIPS-Abkommen berufen, um zur Norm zu machen, dass derjenige zur Kasse gebeten wird, dessen Produkte von anderen kontaminiert werden,

dann steht außer Frage, dass das TRIPS-Abkommen entweder neu formuliert oder ganz abgeschafft werden muss; und dass die internationale Gewerkschaftsbewegung diese Forderung in ihr Programm für eine grundlegende Umwandlung des gegenwärtigen internationalen Handelsregimes einfließen lässt und zu einem festen Bestandteil bei den Verhandlungen macht.